

90.3078

**Motion SPK-NR (90.257)
(Minderheit Fankhauser)
Integrationsartikel im Anag**

**Motion CIP-CN (90.257)
(minorité Fankhauser)
L'intégration dans la LSEE**

Wortlaut der Motion vom 9. Februar 1995

Der Bundesrat wird beauftragt, umgehend den Räten die Gesetzesgrundlagen zur Förderung der Integration von ausländischen Personen zu unterbreiten.

Texte de la motion du 9 février 1995

Le Conseil fédéral est chargé de soumettre sans délai aux Chambres fédérales les bases légales visant à promouvoir l'intégration des étrangers en Suisse.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Baumann Stephanie, Borel François, Bühlmann, Darbellay, David, Diener, Eggenberger, Tschäppät Alexander (8)

Schriftliche Begründung

Die Urheber verzichten auf eine Begründung und wünschen eine schriftliche Antwort.

Développement par écrit

Les auteurs renoncent au développement et demandent une réponse écrite.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 31. Mai 1995

1. Die Eingliederung in der Schweiz wohnender und arbeitender Ausländerinnen und Ausländer stellt seit 1970 einen Pfeiler der schweizerischen Ausländerpolitik dar und hat als Zielsetzung Eingang in die Verordnung des Bundesrates über die Begrenzung der Zahl der Ausländer (BVO; SR 823.21) gefunden. Mit Integrationsfragen befasst sich vornehmlich die vom Bundesrat im Jahre 1970 geschaffene Eidgenössische Ausländerkommission (EKA), welche eine Mittlerfunktion zwischen den in der Ausländerarbeit tätigen Stellen und den Bundesbehörden wahrnimmt. Demgegenüber hat sich das Bundesamt für Ausländerfragen (BFA) bislang nur am Rande mit Integrationsfragen befasst.

2. Mit der im Gang befindlichen Revision von Asylgesetz (SR 142.31) und Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer (Anag; SR 142.20) soll die rechtliche Grundlage geschaffen werden, wonach der Bundesrat eine beratende Kommission für Ausländerfragen einsetzen und deren Aufgaben bestimmen kann. Damit soll die künftige Tätigkeit der EKA auf eine gesetzliche Grundlage gestellt werden. Zudem sieht die Revisionsvorlage vor, mit einem neuen Artikel 25a Anag die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass der Bund die Eingliederungsbemühungen in der Praxis auch angemessen finanziell unterstützen kann. Damit soll namentlich die vom Bundesrat in seinem Bericht vom 15. Mai 1991 zur Ausländer- und Flüchtlingspolitik (BBl 1991 III 291ff.) zum Ausdruck gebrachte Absicht, die Bemühungen für eine bessere Integration der ausländischen Bevölkerung zu intensivieren, in die Tat umgesetzt werden. Die Modalitäten darüber wird der Bundesrat unter Berücksichtigung der Vernehmlassungsergebnisse bei der Verabschiedung der Botschaft festlegen.

3. Die Revisionsvorlage soll den eidgenössischen Räten im Wintersemester 1995/96 unterbreiten und von diesen im Herbst 1996 verabschiedet werden. Mit den in der Vorlage vorgesehenen Bestimmungen im Anag wird dem Anliegen der Staatspolitischen Kommission des Nationalrates Rechnung getragen.

Rapport écrit du Conseil fédéral du 31 mai 1995

1. Depuis 1970, l'intégration en Suisse des étrangères et des étrangers qui résident et travaillent dans notre pays constitue un pilier de la politique suisse en matière d'immigration. L'objectif qu'elle vise a d'ailleurs trouvé application dans l'ordonnance du Conseil fédéral limitant le nombre des étrangers (OLE; RS 823.21). C'est tout d'abord la Commission fédérale pour les problèmes des étrangers (CFE), créée par le Conseil fédéral en 1970, qui s'occupe des questions d'intégration. Elle joue le rôle d'intermédiaire entre les autorités fédérales et les organismes travaillant avec les étrangers. Par ailleurs, l'Office fédéral des étrangers (OFE) ne s'est, jusqu'à présent, occupé que marginalement des questions d'intégration.

2. Avec la révision en cours de la loi sur l'asile (RS 142.31) et de la loi fédérale sur le séjour et l'établissement des étrangers (LSEE; RS 142.20), une base légale sera constituée pour permettre au Conseil fédéral de mettre en place une commission consultative pour les questions en matière d'étrangers et pour y déterminer ses tâches. L'activité de la CFE sera en conséquence poursuivie sur la base d'une base légale claire. En plus, le projet de révision prévoit dans un nouvel article 25a LSEE les conditions nécessaires à une prise en charge financière appropriée de la Confédération des efforts d'intégration déployés dans la pratique. Par conséquent, l'intention du Conseil fédéral formulée dans son rapport du 15 mai 1991 sur la politique à l'égard des étrangers et des réfugiés (FF 1991 III 316ss.) d'intensifier les efforts pour une meilleure intégration de la population étrangère devrait se réaliser dans les faits. De plus, au moment de l'adoption du message, le Conseil fédéral devra déterminer les modalités en tenant compte des résultats de la procédure de consultation.

3. Le projet de révision devrait être soumis aux Chambres fédérales au semestre d'hiver 1995/96. Il devrait passer en votation en automne 1996. Les nouvelles dispositions de la LSEE figurant dans le projet de loi tiendront compte de la requête déposée par la Commission des institutions politiques du Conseil national.

Schriftliche Erklärung des Bundesrates

Der Bundesrat beantragt, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Déclaration écrite du Conseil fédéral

Le Conseil fédéral propose de transformer la motion en postulat.

Fankhauser Angeline (S, BL), Sprecherin der Minderheit: Wir hatten vor mehr als zehn Jahren schon einen Integrationsartikel in einem Gesetz, nur wurde das Gesetz wegen anderen politischen Prioritäten durch das Volk abgelehnt, und seither liegen die Integrationsabsichten des Bundesrates in den Schubläden. Ausser dass immer wieder bedauert wurde, keinen Integrationsartikel zu haben, hat man praktisch nichts gehört.

Die Integrationsarbeit wird zurzeit vorwiegend von Hilfswerken und kirchlichen Organisationen betrieben, mit der Unterstützung der Kantone. Vor zwei Jahren wurde an einer grossen Tagung der Eidgenössischen Kommission für Ausländerfragen noch einmal betont, wie notwendig eine Bundeskompetenz sei, um eine kohärente, dynamischere Integrationspolitik zu betreiben. Das hat der Bundesrat auch nicht bestritten. Nur: Man wartet und wartet und wartet.

Der Bundesrat hatte den Mut dazu nicht, oder er nahm die Gelegenheit nicht wahr, oder er wollte keine Zwängerei betreiben, wie vorher gesagt wurde. Der Bundesrat kam nicht auf die Idee, in einem dringlichen Bundesbeschluss oder mit einer vorgezogenen Gesetzesrevision diesen scheinbar unbestrittenen Artikel vorzeitig in Kraft zu setzen. Jetzt vertröstet uns der Bundesrat wieder und weist auf die Gesetzesrevision hin, die im Herbst dieses Jahres kommt, und schlägt vor, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Das ist immerhin besser als nichts. Wie ich die Mühlen des Parlamentes kenne, sind die Aussichten, etwas zu erreichen in etwa gleich, ob wir

nun an der Motion festhalten oder sie in ein Postulat umwandeln. Ich wäre mit der Umwandlung in ein Postulat einverstanden.

Ich befürchte aber folgendes, Herr Bundesrat: Wenn dieser Integrationsartikel in die nächste Gesetzrevision eingepackt wird, riskieren wir, dass das Gesetz aufgrund von anderen Begebenheiten vor dem Volk keine Gnade findet und wir wieder keinen Integrationsartikel haben. Deshalb möchte ich Sie sehr ermuntern, Herr Bundesrat, trotz allem zu versuchen, diesen Artikel doch noch einzeln zu behandeln oder vorzuziehen, vor allem, wenn es sich zeigen sollte, dass die Ausländer- oder Asylgesetzgebung zu sehr verzögert würde.

Herr Bundesrat, Sie haben gesagt, wir hätten ein Ausländerproblem. Ich habe keines. Aber neben anderen Schritten, die wir heute vormittag Gott sei dank gemacht haben, brauchen wir eine systematische, dynamische, gut abgestützte und kohärente Integrationspolitik, damit sich das Zusammenleben von Ausländerinnen und Ausländern mit Schweizerinnen und Schweizern in Harmonie entwickelt.

An die Adresse derjenigen, die beim Wort Ausländer am liebsten «Sofort raus!» denken: Wir leben mit diesen Ausländern seit Jahrzehnten zusammen. Wir schaffen keine neuen Tatbestände. Es geht nur darum, diese Politik besser zu gestalten.

Ich bin mit der Umwandlung der Motion in ein Postulat einverstanden.

Koller Arnold, Bundesrat: Ich bin Frau Fankhauser noch eine Antwort schuldig. Die Totalrevision des Asylgesetzes mit der entsprechenden Revision des Anag ist in meinem Departement gemäss Zeitplan in Vorbereitung. Sie werden Anfang des nächsten Jahres die entsprechende Botschaft erhalten. Diese Botschaft wird auch ausdrücklich einen Integrationsartikel enthalten, weil wir überzeugt sind, dass wir zwar auf der einen Seite für jene Leute, die nicht als Flüchtlinge anerkannt werden oder als Ausländer keine Bewilligung erhalten können, die Wegweisungen konsequent durchführen müssen, dass wir aber eindeutig mehr für die Integration der übrigen Ausländer tun müssen, die wir in unserem Land behalten wollen, seien das nun Fremdarbeiter oder anerkannte Flüchtlinge.

Ich bitte Sie, das Postulat zu überweisen.

Abstimmung – Vote

Für Überweisung des Postulates

72 Stimmen

Dagegen

35 Stimmen

94.3473

Motion Bühlmann

Ausländische Ehegattinnen mit Niederlassungsbewilligung

Permis d'établissement et conjoint étranger

Wortlaut der Motion vom 7. Oktober 1994

Ich bitte den Bundesrat, dem Parlament eine Änderung von Artikel 17 Absatz 2 des Bundesgesetzes über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer vorzulegen, welche bewirkt, dass ausländische Ehefrauen, die mit einem Ausländer mit Niederlassungsbewilligung verheiratet sind, analog behandelt werden wie Ausländerinnen, die mit einem Schweizer verheiratet sind. Das betrifft ihre Aufenthaltsregelung im Falle der Auflösung der ehelichen Gemeinschaft. Während Ausländerinnen, welche mit einem Schweizer verheiratet sind, bei einer Trennung von ihrem Ehemann von Gesetzes wegen das Recht auf Aufenthalt in der Schweiz nicht verlieren, ist das bei Ausländerinnen, welche mit einem niedergelasse-

nen Ausländer verheiratet sind, dem Ermessen der Fremdenpolizei überlassen, ob bei einer Auflösung der ehelichen Gemeinschaft die Aufenthaltsberechtigung für die Ehefrau bestehenbleibt oder nicht. Laut einer Weisung des BFA vom Januar 1993 an die kantonalen Fremdenpolizeibehörden sollen dabei Kriterien wie berufliche Situation, Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage, Verhalten und Integrationsgrad berücksichtigt werden. Ein rechtlicher Anspruch auf Aufenthalt in den ersten fünf Jahren hingegen besteht nicht.

Texte de la motion du 7 octobre 1994

Je prie le Conseil fédéral de soumettre au Parlement une modification de l'article 17 alinéa 2 de la loi fédérale sur l'établissement et le séjour des étrangers, de telle sorte que l'épouse étrangère d'un ressortissant étranger titulaire d'un permis d'établissement soit traitée de la même manière que l'épouse étrangère d'un ressortissant suisse, notamment en ce qui concerne son séjour en cas de dissolution de l'union conjugale. Alors que l'étrangère ayant épousé un Suisse ne perd pas son droit de séjour en Suisse après s'être séparée de son mari, lorsqu'il s'agit d'une étrangère mariée à un étranger établi dans notre pays, le maintien de l'autorisation de séjour en Suisse en cas de dissolution de l'union conjugale est laissé à l'appréciation de la police des étrangers. Selon une directive de l'Office fédéral des étrangers de janvier 1993, adressée aux autorités cantonales de police des étrangers, on tient compte de critères tels que la durée du séjour, les relations personnelles avec la Suisse, la situation professionnelle, la conjoncture économique, l'état du marché du travail, le comportement, et le degré d'intégration. Aucun droit légal à l'autorisation de séjour n'existe au cours des cinq premières années.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Bär, Baumann Ruedi, Bäumlin, Bugnon, Caspar-Hutter, Danuser, Diener, Dormann, Fankhauser, von Felten, Goll, Gonseth, Grendelmeier, Haering Binder, Hafner Ursula, Hollenstein, Jeanprêtre, Leemann, Lepori Bonetti, Leuenberger Ernst, Misteli, Nabholz, Robert, Stamm Judith, Thür, Zbinden (26)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Im Zusammenhang mit dem Mord im Luzerner Frauenhaus beklagte das Frauenhausteam den Umstand, dass durch die obengenannten gesetzlichen Bestimmungen ausländische Ehefrauen gezwungen würden, mit ihrem gewalttätigen Ehemann zusammenzubleiben, weil sie bei einer Trennung ihre Aufenthaltsberechtigung in der Schweiz verlieren würden. Damit spielen die Schweizer Behörden gewollt oder ungewollt die Rolle des Komplizen der gewaltausübenden Ehemänner, weil sie die betroffenen Ehefrauen ihren Ehemännern auf Gedeih und Verderb ausliefern.

Im Gesetz ist zwar geschlechtsneutral immer nur von «Ehegatte» die Rede, und damit wird der Eindruck erweckt, es bestünden keine Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Faktisch ist es aber so, dass in der Regel der Mann im Besitz einer Niederlassungsbewilligung ist, und die Frau im Rahmen des Familiennachzuges in die Schweiz nachgekommen ist. Sie ist also von der Aufenthaltsregelung des Ehemannes abhängig. Wenn dieser nun Gewalt gegen sie ausübt, hat sie keine Chance, sich aus diesem Gewaltverhältnis zu lösen, weil ihr Aufenthaltsrecht damit erlischt. Die Rückkehr ins Herkunftsland ist diesen Frauen aufgrund der dort herrschenden patriarchalen Verhältnisse oft auch verwehrt. So bleibt ihnen nur das Ausharren in solch entwürdigenden Gewaltverhältnissen. Das ist eine Verletzung der Menschenwürde dieser Frauen und sollte dringend geändert werden.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 16. November 1994

Rapport écrit du Conseil fédéral du 16 novembre 1994

Die geltende gesetzliche Regelung mit einer unterschiedlichen Behandlung von ausländischen Ehegatten eines Schweizer Bürgers gegenüber ausländischen Ehegatten eines Ausländers mit Niederlassungsbewilligung ist am 1. Ja-

Motion SPK-NR (90.257) (Minderheit Fankhauser) Integrationsartikel im Anag

Motion CIP-CN (90.257) (minorité Fankhauser) L'intégration dans la LSEE

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1995
Année	
Anno	
Band	IV
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	11
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	90.3078
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	04.10.1995 - 08:30
Date	
Data	
Seite	2090-2091
Page	
Pagina	
Ref. No	20 026 128

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.